



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 2 / 2009

Berlin, 30. April 2009

Die Themen:

| | |
|--|-----------|
| Gute Chancen auf dem Ausbildungsmarkt | 2 |
| Neue Prüfungsstruktur im Einzelhandel | 7 |
| Mehr Nutzen als Kosten – Ausbilden zahlt sich aus | 9 |
| Ausbilder müssen Eignung wieder nachweisen | 12 |
| Die BWP - Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung | 14 |
| Impressum | 14 |



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 2 / 2009

Berlin, 30. April 2009

Gute Chancen auf dem Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungspakt von Regierung und Wirtschaft wirkt, stellte Bundesbildungsministerin Annette Schavan in der Bundestagsdebatte über den aktuellen Berufsbildungsbericht am 23. April fest. Die Unternehmen forderte Schavan auf, auch in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten Jugendliche auszubilden.

Schavan betonte, dass Ausbildung gerade in der Wirtschaftskrise Vorrang habe. Jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche müsse eine Ausbildung erhalten. "Wer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht ausbildet, dem fehlen die Fachkräfte der Zukunft. Fachkräftemangel darf nicht zur Wachstumsbremse werden", warnte Schavan.

Der neue Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Hans Heinrich Driftmann verspricht: „Jeder Jugendliche bekommt auch in der Krise ein Angebot, eine Perspektive“. Tatsächlich können die Schulabgänger zuversichtlich in die Zukunft schauen. Denn: Schon im vergangenen Ausbildungsjahr gab es erstmals seit 2001 wieder mehr offene Stellen als Bewerber.

Auch für das aktuelle Jahr lassen die ersten Prognosen der Bundesagentur für Arbeit einen positiven Trend erkennen: Von Oktober bis April haben sich deutlich weniger junge Menschen für einen Ausbildungsplatz beworben – und je weniger Konkurrenten, desto besser die Chance auf eine Lehrstelle.

Ausbildungspakt zeigt Wirkung

Diesen Trend bestätigt auch der Berufsbildungsbericht 2008. Rein rechnerisch hätten alle Bewerberinnen und Bewerber im vergangenen Jahr eine Lehrstelle bekommen können. Zum Stichtag Ende September waren bei der Agentur für Arbeit mehr offene Stellen als unversorgte Jugendliche gemeldet.

Trotz Wirtschaftskrise ist die Botschaft also positiv: Die Bundesregierung hat eine Trendwende am Ausbildungsmarkt geschafft. „Der Ausbildungspakt von Regierung

und Wirtschaft wirkt“, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan. Nun kommt es darauf an, diesen Trend fortzusetzen.

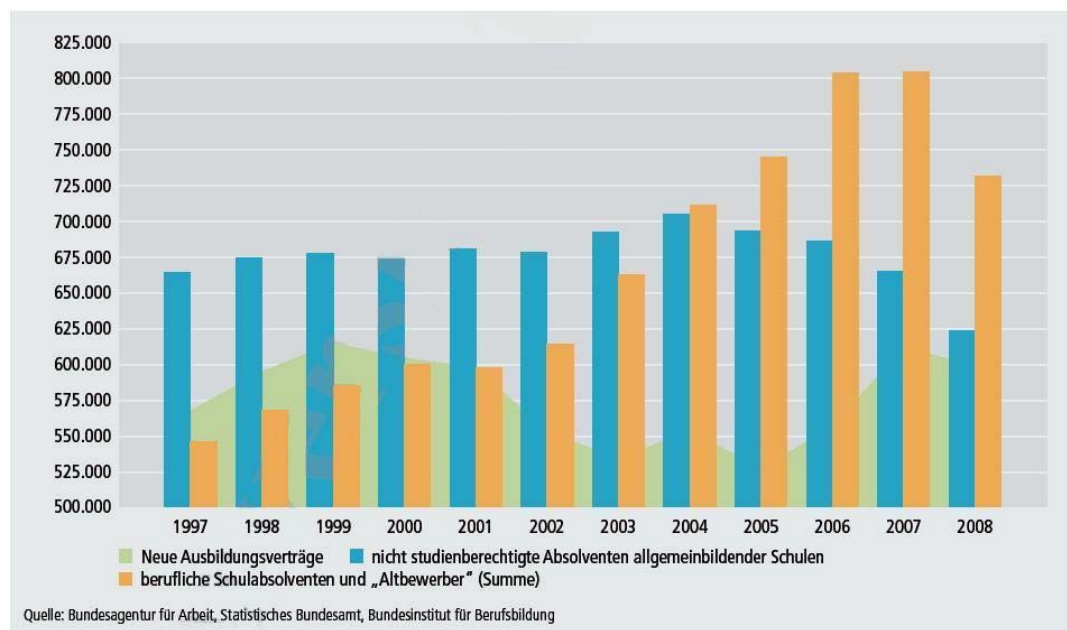
Genau 616.259 Ausbildungsverträge wurden im Jahr 2008 abgeschlossen. Das sind etwa 9.500 und damit rund 1,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Gründe für diesen Rückgang liegen aber nicht allein bei den Unternehmen. Die Zahl der jugendlichen Schulabgängerinnen und Schulabgänger ist deutlich zurückgegangen.

Mehr Angebot als Nachfrage: Chancen gut, wie lange nicht

Ende September hatten 14.500 Jugendliche in Deutschland noch keinen Ausbildungsplatz. Damit hat sich die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber im Vergleich zum Vorjahresmonat halbiert.

Nach der jährlichen Nachvermittlungsaktion sieht es sogar noch besser aus: Im Januar suchten nach Angaben der Agentur für Arbeit nur noch knapp 6.000 Schulabgänger eine Lehrstelle. Das ist bei einigen tausend freien Ausbildungsplätzen und 13.800 Angeboten für betriebliche Praktika im Rahmen der so genannten Einstiegsqualifizierungen eine geringe Zahl.

Entwicklung der Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, der nichtstudienberechtigten Absolventen/-innen allgemeinbildender Schulen sowie der Absolventen/-innen beruflicher Schulen und „Altbewerber/-innen“



Boom in Industrie und Handel

Vor allem Industrie und Handel verzeichneten 2008 ein deutliches Plus an Auszubildenden (plus 1.710 Verträge bzw. 0,5 Prozent). So viele neu abgeschlossene Verträge gab es in diesem Bereich seit 1992 nicht mehr.

Bei den freien Berufen war das Bild ausgeglichen: Während Ärzte- (plus 0,3 Prozent), Apotheker- (plus 3,3 Prozent) und Steuerberaterkammern (plus 1,1 Prozent) Zuwächse meldeten, ging die gemeldete Zahl der Ausbildungsverträge bei Anwalts- (minus 4,7 Prozent), Tierärzte- (minus 1,6 Prozent) und Zahnärztekammern (minus 3,4 Prozent) zurück.

Nach einem deutlichen Plus im Jahr 2007 hatte das Handwerk die stärksten Einbußen zu verzeichnen (minus 5,3 Prozent). Die Landwirtschaft meldete einen Rückgang um 4,3 Prozent.

Strukturwandel auf dem Ausbildungsmarkt

Das System der dualen Berufsausbildung wird mehr und mehr von Dienstleistungsberufen getragen. Über die Hälfte der Ausbildungsstellen entfielen 2008 auf diesen Sektor (55 Prozent). 1994 dagegen war das Verhältnis zwischen Dienstleistungs- und Fertigungsberufen noch ausgeglichen.

Noch immer Unterschiede zwischen Ost und West

Zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigen sich noch immer deutliche Unterschiede auf dem Ausbildungsmarkt: Die alten Länder verzeichneten erneut einen erfreulichen Anstieg der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 1.654 (plus 0,3 Prozent). Mit insgesamt 502.441 Verträgen wurde hier das höchste Ergebnis seit 1992 erzielt.

In den neuen Ländern dagegen sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 11.280 (minus 9 Prozent) auf 113.818. Hier zeigt sich vor allem die dramatische demografische Veränderung in den neuen Ländern und die damit verbundenen stark gesunkenen Bewerberzahlen.

Optimismus trotz Krise

Jeder ausbildungswillige Jugendliche soll die Chance auf eine Lehrstelle haben: An diesem Ziel hält die Bundesregierung auch im Ausbildungsjahr 2009 fest.

Trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage sieht auch der DIHK die Perspektiven für Ausbildungssuchende optimistisch. Zwar wird mehr als jedes vierte krisengeschüttelte Unternehmen (27 Prozent) nach einer DIHK-Umfrage sein Ausbildungsangebot zurückfahren. Gleichzeitig aber wird auch die Zahl der Bewerber um rund 30.000 sinken.

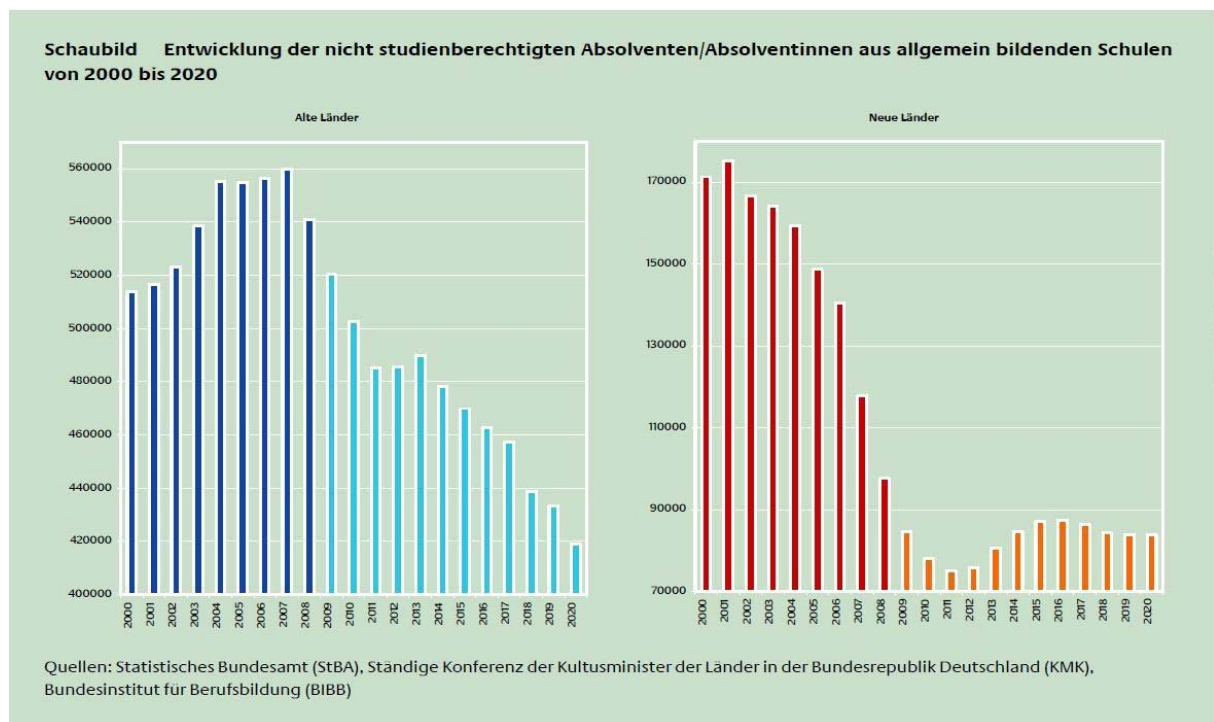
Diesen Trend bestätigt die aktuelle Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA): Von Oktober bis April wurden 26.800 Ausbildungsstellen weniger gemeldet als im Vorjahreszeitraum. Zugleich haben deutlich weniger Schulabgängerinnen und Schulabgänger (minus 72.200) die Bundesagentur bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet.

Nachwuchs-Probleme vor allem im Osten

Vom Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (minus 9.626) waren allein männliche Jugendliche betroffen. Während sie fast 9.700 Verträge weniger unterschrieben als im Vorjahr, stieg die Zahl der mit Mädchen abgeschlossenen Ausbildungsverträge leicht an.

Weiterhin entscheiden sich aber deutlich weniger Frauen als Männer für eine betriebliche Berufsausbildung (Frauenquote 42 Prozent). Dies ist auch auf eine höhere Attraktivität von schulischen Qualifizierungsformen für junge Frauen zurückzuführen.

Vor allem im Osten Deutschlands könnten die geburtenschwachen Jahrgänge zu einem Nachwuchsproblem führen. Denn auch bei trüben Geschäftsaussichten wollen sich die Unternehmen Fachkräfte sichern.



Gerade in der Krise müssen die Betriebe also in ihre Zukunft investieren. Die Bundesregierung fordert daher alle Unternehmen auf, bei ihren Ausbildungsleistungen trotz des konjunkturellen Abschwungs nicht nachzulassen – sonst kann der Fachkräftemangel künftig zur Wachstumsbremse werden.

Handlungsbedarf trotz positiver Aussichten

Im Gesamtergebnis ist die Ausbildungsbilanz positiv. Trotzdem sieht die Bundesregierung weiterhin Handlungsbedarf. Denn noch immer ist der Einstieg in die Ausbildung für viele Jugendliche schwierig.

Auch wenn bundesweit genug Ausbildungsplätze zur Verfügung stünden, sind nicht alle Regionen gleich gut versorgt. Auch die hohe Zahl der Altbewerber, die nach dem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz bekommen haben und sich nun erneut bewerben, bleibt eine Herausforderung. Immerhin fallen noch immer 51,7 Prozent aller Ausbildungssuchenden in diese Kategorie.

Gleichzeitig aber klagen viele Unternehmen, dass ihre Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Dies kann mittel- und längerfristig zu einem Wachstumshemmnis für die Betriebe und die regionale Wirtschaft werden.

Ausbildungspakt weit übertroffen

Die Bundesregierung hat mit der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ daher ein ganzes Bündel von Maßnahmen gegen den Lehrstellen- und Fachkräftemangel auf den Weg gebracht.

Auch der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ wurde erfolgreich fortgeführt. Die Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze wurde im vergangenen Ausbildungsjahr weit übertroffen: Statt der zugesagten 60.000 wurden 86.500 neue Ausbildungsplätze eingerichtet. Statt der geforderten 30.000 stellten 52.700 neue Betriebe erstmals einen Auszubildenden ein.

Jugendliche ohne Schulabschluss fördern

Besonders Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit schlechten Abschlussnoten werden in der Qualifizierungsinitiative unterstützt. Erfolgreich sind auch die sogenannten Einstiegsqualifizierungen, also betriebliche Praktika, nach denen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die betriebliche Ausbildung übernommen werden. Rund 38.000 Praktikumsplätze wurden angeboten.

Auch Auszubildenden in insolventen Unternehmen will die Bundesregierung unter die Arme greifen. Betriebe, die diese Lehrlinge übernehmen und dafür einen zusätzlichen Ausbildungsplatz einrichten, können bei der Agentur für Arbeit den Ausbildungsbonus beantragen. So sollen auch in der Wirtschaftskrise alle Jugendlichen die Chance bekommen, ihre Ausbildung erfolgreich abzuschließen.

Ein weiteres Ziel der Qualifizierungsinitiative ist, dass mehr junge Menschen studieren. Im März haben die Kultusminister der Länder zugesagt, die Universitäten auch für Meister und andere Fachkräfte ohne klassisches Abitur zu öffnen. In Baden-Württemberg und Niedersachsen dürfen Meister bereits jetzt ohne Eignungstest oder Probezeit an einer Universität studieren. Nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz sollen nun auch die anderen Bundesländer so schnell wie möglich ihre Hochschulgesetze ändern.

[Der Berufsbildungsbericht](#)
[Details zur Qualifizierungsinitiative](#)



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 2 / 2009

Berlin, 30. April 2009

Neue Prüfungsstruktur im Einzelhandel

Der Einzelhandel betritt Neuland und erprobt eine neue Prüfungsstruktur: Ab Juli 2009 wird im Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ die sogenannte Gestreckte Abschlussprüfung eingeführt.

Dabei absolvieren die Auszubildenden ihre Prüfung in zwei Teilen zu unterschiedlichen Zeiten. Die ersten Prüfungsaufgaben werden am Ende des zweiten Ausbildungsjahres bearbeitet, die übrigen am Ende der gesamten Ausbildung.

„Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ ist der erste kaufmännische Beruf mit einer geteilten Prüfung. Im gewerblich-technischen Bereich gibt es diese Art der Abschlussprüfung schon seit 2002.

Ende der klassischen Zwischenprüfung

Die neue Prüfungsstruktur löst die klassische Form mit Zwischen- und Abschlussprüfung ab. Der wesentliche Unterschied: Im Gegensatz zur Zwischenprüfung fließt die Note der ersten Prüfung jetzt mit in das Abschlussergebnis der Auszubildenden ein.

Bislang wurde die Zwischenprüfung als reine Lernstandsüberprüfung gewertet und hatte keinen Einfluss auf das Ergebnis der Abschlussprüfung. Künftig wird aus beiden Prüfungsteilen die Endnote bestimmt.

Ziel: Früh Kernkompetenzen prüfen

Mit der veränderten Abschlussprüfung für Kaufleute im Einzelhandel werden nicht erst am Ende der Ausbildung, sondern schon nach zwei Jahren Kernkompetenzen abschließend geprüft. So soll die berufliche Handlungsfähigkeit im kaufmännischen Bereich besser als bei der alten Prüfung nachgewiesen werden.

Prüfungsbereiche des ersten Teils sind Verkauf und Marketing, Warenwirtschaft und Rechnungswesen sowie Wirtschafts- und Sozialkunde. Am Ende der Ausbildung sind

praxisbezogene Fälle und Aufgaben schriftlich zu bearbeiten und ein fallbezogenes Fachgespräch zu führen.

Berufswechsel während der Ausbildung ermöglichen

Der erste Teil der Gestreckten Abschlussprüfung im dreijährigen Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel“ ist künftig identisch mit der schriftlichen Abschlussprüfung im zweijährigen Ausbildungsberuf „Verkäufer/-in“.

Dies vereinfacht die Prüfungsstruktur. Gleichzeitig werden gemeinsame Kernkompetenzen nachgewiesen, die einen Ausbildungswechsel und die Anrechnung von bisher erbrachten Leistungen erleichtern. So soll die Mobilität zwischen den Berufen verstärkt werden.

Bei Erfolg auf weitere Berufe anwenden

Kann sich die Gestreckte Abschlussprüfung für Einzelhandelskaufleute bewähren, könnte sie bald auch in anderen kaufmännischen Berufen eingesetzt werden. Um dies zu prüfen, wird das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) drei Ausbildungsjahrgänge mit der Gestreckten Prüfung evaluieren.

Dabei soll untersucht werden, inwieweit diese Prüfungsform geeignet ist, die berufliche Handlungsfähigkeit in den Einzelhandelsberufen angemessen zu bewerten. Gleichzeitig geht es um die Praktikabilität der neuen Struktur. Die Erprobungsverordnung gilt bis zum 31. Juli 2015. Bis dahin muss entschieden werden, ob die Gestreckte Abschlussprüfung beibehalten wird.

Neue Ausbildungsverordnung



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 2 / 2009

Berlin, 30. April 2009

Mehr Nutzen als Kosten – Ausbilden zahlt sich aus

Wer ausbildet, profitiert: Das ist das Ergebnis einer aktuellen Betriebsumfrage des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Für viele Firmen gilt demnach: Die betriebliche Berufsausbildung zahlt sich aus – auch wenn sie zunächst Kosten verursacht.

Für einen Auszubildenden haben die Betriebe 2007 durchschnittlich 15.288 Euro gezahlt. Doch Azubis verursachen dem Unternehmen nicht nur Kosten, sondern arbeiten und leisten einen nicht unerheblichen Beitrag zur laufenden Produktion.

Günstige Arbeitskräfte

Würden die Aufgaben eines Azubis von einem regulären Mitarbeiter übernommen, müsste ein Unternehmen deutlich mehr zahlen. Im Jahr 2007 erwirtschafteten die Azubis ihren Betrieben daher im Schnitt 11.692 Euro. Damit betragen die Nettokosten eines Auszubildenden für seinen Ausbildungsbetrieb 2007 nur 3.596 Euro.

Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildenden und Jahr (in Euro)

| | |
|--------------|----------|
| Bruttokosten | 15.288 € |
| Erträge | 11.692 € |
| Nettokosten | 3.596 € |

Quelle: BIBB-Kosten- und Nutzenerhebung 2007

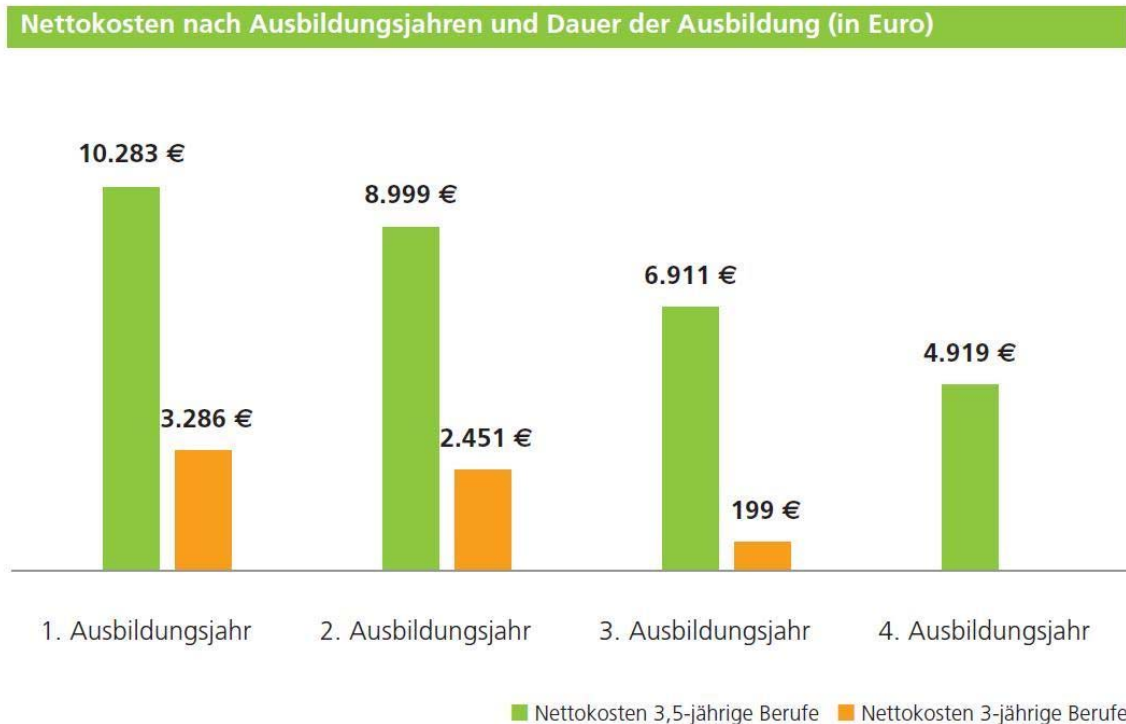
Jeder dritte Betrieb setzt seine Auszubildenden während ihrer Lehre schon produktiv ein und gleicht so die Ausbildungskosten wieder aus. Über die Hälfte der Betriebe gab in der BIBB-Umfrage zu, sie bildeten aus, um die Azubis während der Lehre als Arbeitskraft einsetzen zu können.

Azubis übernehmen – Geld sparen

Vor allem aber nach der Lehre zahlen sich die Auszubildenden aus. Denn übernimmt ein Betrieb seinen Azubi und stellt ihn als Fachkraft ein, spart er Kosten für Bewerbungsverfahren, Einarbeitungszeit und Fortbildungen.

Sucht ein Unternehmen eine neue Fachkraft über den externen Arbeitsmarkt, kostet dies im Schnitt 4.214 Euro – ein Betrag, den man bei Übernahme eines Azubis sparen kann.

Vor allem Leistungsunterschiede während der Einarbeitungszeit, aber auch in den Monaten danach, sprechen für eine Übernahme der eigenen Auszubildenden. Sie kennen die Besonderheiten des Betriebs, sind mit der Firmenphilosophie vertraut.



Fachkräfte nach eigenen Ansprüchen ausbilden

Mehr als die Hälfte der Ausbildungsbetriebe in Deutschland (57 Prozent) haben im Jahr 2007 mindestens einen ihrer Auszubildenden übernommen. Fast alle Unternehmen (84 Prozent) bilden aus, um Nachwuchskräfte zu bekommen, die genau den betrieblichen Anforderungen entsprechen.

Je besser ein Arbeitgeber seine künftigen Mitarbeiter kennt, desto geringer ist das Risiko einer personellen Fehlbesetzung. Auch dies ist für viele ein Grund, selbst auszubilden.

Wer viel und gut ausbildet, hat einen guten Ruf bei Kunden, Lieferanten und Öffentlichkeit – auf diesen Imagegewinn setzen die Betriebe.

Azubis leisten immer mehr

In den vergangenen zehn Jahren haben Auszubildende immer mehr zum Gewinn ihres Betriebes beigetragen. Erwirtschafteten sie im Jahr 2000 noch durchschnittlich 7.730 Euro, waren es 2007 um 50 Prozent mehr (11.692 Euro). Grund für diesen Anstieg sind vor allem veränderte Ausbildungspläne und gestiegene Löhne.

Doch nicht in allen Bereichen sind die Azubis ein Gewinn für ihren Betrieb. Werden sie in Lehrwerkstätten ausgebildet, kosten sie ihr Unternehmen wesentlich mehr (im Schnitt 20.063 Euro). Gleichzeitig ist die Produktivität deutlich geringer (6.890 Euro).

Teure Azubis in Industrie und Öffentlichem Dienst

Auch zwischen den Ausbildungsbereichen schwanken Kosten und Produktivität der Auszubildenden.

Vor allem für die Landwirtschaft und die Freien Berufe lohnt sich die Ausbildung. Hier sind die Nettokosten wegen der hohen Produktivität vergleichsweise niedrig (962 Euro bzw. 268 Euro). Auch im Handwerk lohnt sich bei Nettokosten von 2.513 Euro die Beschäftigung von Auszubildenden.

Im Öffentlichen Dienst und in Industrie und Handel dagegen kosten Auszubildende deutlich mehr (Nettokosten 7.234 Euro bzw. 4.607 Euro). Hier stehen hohe Kosten vergleichsweise geringen Erträgen gegenüber.

Umfrage des BIBB



RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 2 / 2009

Berlin, 30. April 2009

Ausbilder müssen Eignung wieder nachweisen

Wer im neuen Ausbildungsjahr einen Auszubildenden einstellt, muss wieder pädagogische und berufliche Kenntnisse nachweisen. Die Ausbildungs-Eignungsverordnung (AEVO) wurde überarbeitet und tritt zum 1. August 2009 in Kraft. Sie soll eine pädagogisch und fachlich gute Ausbildung für jeden Azubi garantieren.

„Ausbilderinnen und Ausbilder müssen fachlich und pädagogisch hochwertige Arbeit leisten, um Auszubildende erfolgreich durch ihre Lehrzeit führen zu können und für einen qualifizierten Fachkräftenachwuchs Sorge zu tragen“, begründete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Andreas Storm.

Schriftliche Prüfung wieder notwendig

Die Ausbilderinnen und Ausbilder müssen deshalb eine Prüfung ablegen. Vorgesehen sind ein dreistündiges schriftliches Examen mit fallbezogenen Fragestellungen sowie eine praktische Prüfung von einer halben Stunde. Hier präsentieren die Prüflinge eine Ausbildungssituation und führen ein Fachgespräch.

Vorübergehend mussten Ausbildungsbetriebe keinen Nachweis im Sinne der AEVO mehr vorlegen. Durch das Aussetzen der Verordnung sollten in der Zeit des großen Lehrstellenmangels mehr Betriebe ermuntert werden, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung ermittelte, war diese Maßnahme erfolgreich. Mehr Ausbildungsplätze wurden geschaffen. Allerdings führte der Verzicht auf die AEVO auch zu Qualitätseinbußen in der betrieblichen Ausbildung.

Nach eingehenden Beratungen mit den Sozialpartnern hat die Bundesregierung daher entschieden, eine überarbeitete Verordnung in Kraft zu setzen. Sie wurde an neue Erfordernisse etwa aus dem Berufsbildungsgesetz von 2005 angepasst.

Neue AEVO gilt nur für neue Ausbilder

Die neue Eignungsverordnung gilt allerdings nur für Ausbilderinnen und Ausbilder, die zum 1. August 2009 erstmalig Azubis betreuen. Wer seit 2003 ohne diesen Nachweis erfolgreich und ohne Beanstandungen ausgebildet hat, muss seine Eignung nicht nachträglich nachweisen. In diesem Fall darf auch weiter ohne Qualifikationsnachweis ausgebildet werden.

Auch Ausbilderinnen und Ausbilder, die den Nachweis nach der alten AEVO ablegten, müssen sich keiner neuen Prüfung unterziehen. Mit dieser Vorschrift will die Bundesregierung den Betrieben einen praktikablen Übergang auf die neue Rechtslage ermöglichen. Auch vergleichbare Qualifikationen können das AEVO-Zeugnis ersetzen.

Ausbilder-Eignungsverordnung

RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 2 / 2009

Berlin, 30. April 2009

Die BWP - Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Ausgabe befasst sich vor allem mit der Vernetzung und Durchlässigkeit von Bildungsangeboten. Darauf beziehen sich auch der Kommentar von BIBB-Präsident Krämer und verschiedene Praxisbeispiele.

Die Ausgabe enthält weitere Beiträge zu Akademikerquoten in Deutschland im OECD-Vergleich, zur Einführung und Erprobung der Gestreckten Prüfung für Kaufleute im Einzelhandel sowie zur Verbesserung der Justizfachangestelltenausbildung.

Überblick über alle Beiträge dieser Ausgabe



Der „Rundbrief Ausbildung“ enthält vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zusammengestelltes Informationsmaterial zum Thema berufliche Aus- und Weiterbildung. Er geht auf die Gemeinschaftsinitiative „Ausbilden - Wir machen mit!“ zurück, in der Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Bundesministerien zusammenarbeiteten, um Ausbildung zu fördern und dazu beizutragen, dass allen Jugendlichen, die dies wollen und können, ein Ausbildungsplatz angeboten wird. Die Darstellung erfolgt in einer redaktionell überarbeiteten, komprimierten Form mit Hinweisen auf weitergehende Recherchemöglichkeiten und Bezugsquellen.

Impressum

Der „Rundbrief Ausbildung“ wird ausschließlich im Internetangebot der Bundesregierung www.bundesregierung.de publiziert. Er kann unter <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Service/EmailAbo/email-abo.html> per Email abonniert werden.

Herausgeber und Redaktion

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin, Referat 304 - Bildung und Forschung - Verantwortlich: Dr. Jens Schmidt, Tel. 030 -18 - 272 3126, Mitarbeit: Marianne Bahr, Tel. 030 - 18 -272 3265, Theresa Münch.

Hier vorgestellte Publikationen sind nur über die angegebenen Adressen zu beziehen.